Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Zustellung 2,75 M., durch die Post 3 M., zweimonatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ohne Bestellgeld. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Nr. 5382 des amtl. Zeit.-Verz.

Für die Redaktion verantwortlich: Hermann Jordan in Halle.

[Fernsprechverbindung mit Berlin, Leipzig, Magdeburg rc. Anschluß-Nr. 176.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Siebenundzwanzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltzeile oder deren Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit 15 Pfg. berechnet und in der Expedition von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 60 Pfg.

Erscheint zweimal täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

[Der Nachdruck unserer eigenen Artikel ist nicht gestattet.]

Nr. 82. Halle a. d. Saale, Freitag den 17. Februar **1893.**

Politische Uebersicht.

In der Angelegenheit der Verhandlungen über die Anbahnung eines **deutsch-russischen Handelsvertrages** hat, wie wir heute morgen berichteten, die „Nordd. Allgem. Ztg." Wasser in den Wein derjenigen gegossen, welche den Gang der Vorbereitungen zu den Verhandlungen — von Verhandlungen selbst ist ja noch lange nicht die Rede — gar nicht schnell genug schildern konnten. Ueber den, wie sie sich ausdrücken, „wirklichen Thatbestand" berichten die „Berl. Pol. Nachr." das Nachfolgende:

Rußland hatte im Sommer v. J. den Wunsch zu erkennen gegeben, zu einem handelspolitischen Uebereinkommen mit Deutschland zu gelangen, worauf letzteres seine Bereitwilligkeit erklärte, in bezügliche Verhandlungen einzutreten. Demgemäß wurde seitens der verbündeten Regierungen alsbald Umfrage in den Kreisen der Industrie, des Handels- und Gewerbestandes gehalten, um über die in diesen Kreisen vorhandenen Wünsche ins Klare zu kommen. Im November v. J. lief die russische Antwort auf die deutscherseits gegebene Erklärung der Bereitwilligkeit zur Eröffnung von Unterhandlungen ein, unter gleichzeitiger Bekanntgabe der von Rußland für sich selber gehegten Wünsche. Die Prüfung dieser, sowie die Formulirung der eigenen Wünsche nahm naturgemäß einige Zeit in Anspruch, da sie die Anhörung von Sachverständigen bedingte. Das Ergebniß der stattgehabten Vernehmungen zusammen mit den schon früher eingegangenen Sachverständigen-Gutachten lieferte reichhaltiges Material, auf Grund dessen dann die deutschen Forderungen gegenüber den vorliegenden Wünschen Rußlands formulirt werden konnten. Die Bekanntgabe der so festgestellten diesseitigen Forderungen nach St. Petersburg wird alsbald erfolgen können. Bis zum Eintreffen der russischen Antwort mag nun jedenfalls noch eine gewisse Frist verstreichen; ferner hängt von ihrem Ausfall auch die Anberaumung des Termins ab, an welchem die Berathungen der deutschen und russischen Kommissare eventuell würden beginnen können.

Richtig sei, daß nicht allein bei der Regierung, sondern nicht minder auch auf weiten Gebieten des nationalen Erwerbslebens die Nachricht von der Einleitung deutsch-russischer Verhandlungen im Sinne eines handelspolitischen Ausgleichs eine sehr freundliche Aufnahme und Beurtheilung gefunden hat. Falsch aber würde es sein, wollte man in Deutschland hieraus folgern, daß nun auch schon alle Schwierigkeiten beseitigt wären und das Zustandekommen des Handelsvertrages gesichert erscheine. Nicht minder falsch wäre es, wenn man in Rußland aus dem Entgegenkommen, welches selbst in Blättern, die sonst aus ihrer Abweigung gegen alles Russische kein Hehl machen, den handelspolitischen Ausgleichsbestrebungen gezollt wird, den Schluß ziehen wollte, daß Deutschland auf den russischen Handelsvertrag besonders erpicht sei. Deutschland verfährt in dieser Angelegenheit durchaus sachlich. Es sieht naturgemäß eine vertragsmäßige Regelung der handelspolitischen Beziehungen zum russischen Nachbar lieber als den jetzigen Zustand an der beiderseitigen Zollgrenze, setzt aber drüben gleichartige Wünsche voraus. Will Rußland ein den Grundsätzen von Recht und Billigkeit gemäßes Abkommen treffen, so darf es bei uns auf bereitwilliges Entgegenkommen rechnen.

Einige Blätter melden, daß der Bundesrath in seiner nächsten Plenarsitzung das neue Amtliche **Waarenverzeichniß zum Zolltarif** endgiltig erledigen werde. Die Nachricht klingt unwahrscheinlich, wenn man die Erklärung in Betracht zieht, welche der Staatssekretär des Reichsschatzamtes Freiherr von Maltzahn bei Gelegenheit der Beantwortung der Interpellation über diesen Gegenstand am 17. Jan. d. J. im Reichstage abgab. Herr von Maltzahn erklärte damals wörtlich, daß beim Reichskanzler die Absicht bestehe dahin zu wirken, daß die Beschlußfassung des Bundesrathes und seiner Ausschüsse über den ihnen vorzulegenden Entwurf auf eine so geräumige Spanne Zeit hinausgeschoben wird, daß den Einzelregierungen dadurch genügend Gelegenheit gegeben ist, ihren Handelsvorständen, oder wen sie sonst dafür geeignet halten, von dem Inhalt des Entwurfes Kenntniß zu geben und deren Aeußerungen entgegenzunehmen. Danach war also geplant, den Entwurf zum Amtlichen Waarenverzeichniß längere Zeit beim Bundesrath ruhen zu lassen, um die Interessenten erst zu gutachtlichen Aeußerungen veranlassen zu können. Der Entwurf ist frühestens Ende Januar an den Bundesrath gelangt. Es wäre in der Zwischenzeit unmöglich gewesen die Interessentenbefragung durchzuführen, und in der That wird im preußischen Handelsministerium eine solche Befragung der wirthschaftlichen Vereinigungen gegenwärtig erst in die Wege geleitet. Es sollen den einzelnen Vereinigungen die Abschnitte des neuen Waarenverzeichnisses, die sie interessiren, zur gutachtlichen Aeußerung zugestellt werden.

Im Herbste vorigen Jahres konnte aus Schlesien der erste Fall gemeldet werden, daß die Wahl eines **Lehrers** zum **Schulvorstands-Mitgliede** von der Regierung bestätigt worden sei. Die Volksschullehrer knüpften daran die Hoffnung, daß ihre Wünsche nach Vertretung im Schulvorstande bald in Erfüllung gehen möchten. Hierzu liegt jetzt folgender, jüngst ergangener Entscheid des Unterrichtsministers vor:

„Auf den Bericht vom 27. Dez. 1892 betreffend die Wahl des Lehrers N. in N. zum Schulvorsteher, erwidere ich der königlichen Regierung, daß ich im allgemeinen nicht nur gegen die Wahl eines Lehrers in den Schulvorstand nichts zu erinnern habe, sondern vielmehr die Theilnahme der Lehrer an demselben für erwünscht halte, sofern nicht, wie im vorliegenden Falle, besondere Gründe dagegen sprechen."

Die Wahlprüfungs-Kommission des Reichstages hat nunmehr ihren Bericht über die **Wahl** des Rektors **Ahlwardt** erscheinen lassen; der Berichterstatter der Kommission ist der deutschfreisinnige Abg. Hermes-Jauer. Bekanntlich beschloß die Kommission mit allen Stimmen gegen diejenigen der Deutschfreisinnigen, die Wahl für giltig zu erklären. Außerdem hat, wie aus dem nunmehr vorliegenden Berichte hervorgeht, die Kommission beschlossen: die Beanstandung und eventuell Beweiserhebung über verschiedene unten näher charakterisirte Protestpunkte abzulehnen, mit 8 gegen 4 Stimmen (Schmieder, Hermes, Schneider und der Sozialist Bruhns), von jeder Beweiserhebung abzusehen mit 7 gegen 5 Stimmen (dieselben und Auer). Gegen die Wahl war rechtzeitig ein Protest eingegangen, der in erster Linie eine amtliche Beeinflussung der Wahl durch den Landrath des Kreises Friedeberg, Geh. Reg.-Rath von Bornstedt, behauptet. Diese Beeinflussung ward gefunden in der im Original beigefügten Nr. 97 des „Friedeberger Kreisblattes" vom 3. Dezember 1892, die folgenden Aufruf enthält:

An die Mitglieder der konservativen Partei. Am 5. Dezember findet die Stichwahl zwischen dem Kandidaten der antisemitischen Partei (Rektor Ahlwardt) und demjenigen der deutschfreisinnigen Partei (Rittergutsbesitzer Drawe) statt. Die unterzeichneten Konservativen stehen nicht auf dem Boden der antisemitischen Partei, auch können sie die Form der antisemitischen Agitation sich nicht zu eigen machen. Noch viel weniger können sie die Grundsätze der deutsch-freisinnigen Partei billigen, welche den Lebensbedingungen der Landwirthschaft, des Handwerks und der Arbeiter entgegen, der Bevölkerung unseres Wahlkreises schädlich sind. Deshalb bitten wir alle Parteigenossen Rektor Ahlwardt zu wählen, zumal eine Wahlenthaltung den Sieg des freisinnigen Kandidaten herbeiführen könnte.

Unterschrieben war dieser Aufruf, wie bekannt, auch von Bornstedt. Die Minderheit beantragte diesen Punkt für erheblich zu erklären, da v. Bornstedt Landrath des Kreises Friedeberg und Wahlkommissar ist. In der Kommission herrschte Uebereinstimmung darüber, daß dieser landräthliche Erlaß mit den gesetzlichen Vorschriften in Widerspruch stehe. Wenn es überhaupt zu Beweiserhebungen komme, müsse man auch diese Fälle unterlichen. Es werden ferner amtliche Beeinflussungen durch Amtsvorsteher, durch Privatpersonen, namentlich Pastoren, in unstatthafter Art, Verstöße gegen das Wahlreglement behauptet, aber sämmtlich für unerheblich befunden. Interessant ist das Verhalten des Pastors Praatz in Glambeck, der am 4. Dez. von der Kanzel herab die Wahl Ahlwardt's empfohlen hat, wobei er ausführte, er würde lieber noch einen Sozialdemokraten wählen als einen Freisinnigen. Die Kommission hat dies Verhalten gerügt, denn daß die „Parteinahme" eines Predigers von der Kanzel herab unter Umständen einen wesentlichen Einfluß auf das Resultat der Wahl ausüben kann, sei zweifellos. Ueberdies widerspreche solches Verhalten der Ansprache des Evangelischen Oberkirchenrathes an die Geistlichen und Gemeindekirchenräthe vom 20. Febr. 1889, in der den Geistlichen Vorsicht und Zurückhaltung in Ausübung des Amtes zur Pflicht gemacht, und der „Versuch, die Kirche, ihr Bekenntniß und ihre Organe als Mittel für bestimmte politische Parteizwecke zu gebrauchen," entschieden zurückgewiesen wird. Aber auch diese Sache war den Zahlen gegenüber unerheblich. Die Minderheit der Kommission beantragte nunmehr, die Wahl mit Rücksicht auf das Verhalten des Landraths und Wahlkommissars v. Bornstedt für ungiltig zu erklären. Die Mehrheit vertrat indessen die Meinung, daß, nachdem die in erster Linie behauptete Beeinflussung für unerheblich erklärt sei, die Wahl für giltig erachtet werden müsse. Denn selbst dann, wenn man sämmtliche übrigen für erheblich angesehenen Punkte des Protestes als wahr annehme und daraus die weitesten Konsequenzen ziehe, dem Gewählten immer noch eine große Mehrheit verbleibe. Es ergaben sich in den fraglichen Orten 1680 Stimmen. Ziehe man diese von 11,206 Stimmen, die Ahlwardt erhalten, ab und zähle sie Drawe, der 3306 Stimmen erhalten, zu, so blieben für Ahlwardt immer noch 9526, für Drawe 4986 Stimmen.

Halle und Umgegend.

Halle, 17. Febr.

— In der gestrigen Sitzung der Finanzkommission gelangte eine Reihe wichtiger Magistratsvorlagen zur Verhandlung. Zunächst wurde ein vom Magistrate vorgelegter Gebührentarif für Benutzung der städtischen Desinfektionsanstalt berathen und beschlossen, dem Plenum der Stadtverordneten die Annahme des Tarifs zu empfehlen. Nach demselben wird die unentgeltliche Benutzung der Desinfektionsanstalt bei allen Krankheiten, die einen epidemischen Charakter haben, gestattet. Die Frage, ob eine epidemische Krankheit vorliegt, soll nach Anhörung des behandelnden Arztes durch die Sanitätspolizei entschieden werden. Sonst soll nach dem Tarife eine kleine Gebühr erhoben werden, um etwaigen Mißbräuchen entgegenzutreten. Die Mehrheit der Kommission erklärte sich auch für eine Magistratsvorlage, betreffend die Anlegung eines Eisbildners in dem Kühlhause des Schlachthofes. Die Kosten hierfür sind auf 10,200 M. veranschlagt. Von der Minderheit wurde aus verschiedenen, auch prinzipiellen Gründen die Ablehnung der Vorlage entschieden vertreten. Die Angelegenheit betreffend Uebernahme der Abfuhr von Kehricht durch die Stadt wurde vom Magistrate zum Zwecke einer nochmaligen Berathung vorläufig zurückgezogen, nachdem von einer Seite die Anschauung vertreten wurde, der Stadtgemeinde fehle es an den zur Durchführung derartiger Beschlüsse erforderlichen Mitteln. Die Berathung über den gegen die vom Magistrate aufgestellte Bürgerliste eingelegten Protest und infolgedessen auch die Magistratsvorlage, betreffend Aufhebung des Bürgerrechtsgeldes, wurde noch ausgesetzt, da mehrere Juristen der Versammlung den Wunsch haben, sich vorerst noch eingehender mit der schwierigen Angelegenheit zu befassen, besonders auch die Akten noch genau zu studiren.

— In der gestrigen Monatsversammlung des Dritten kommunalen Bezirksvereins wurde zunächst in einem Vortrage ein Bild über die Entstehung und die Verhältnisse unseres Wasserwerkes gegeben und im Anschluß daran die Cholera in der Provinzial-Irren-Anstalt bei Nietleben sowie die über die möglichen Entstehungsursachen laut gewordenen Meinungen besprochen. Die Erörterungen führten zu Annahme folgender Resolution:

„Die Versammlung ist der Ueberzeugung, daß die Stadt nach den bisherigen Erfahrungen durch ihre Wasserleitung im wesentlichen gegen die Cholerragefahr geschützt ist, und erinnert sich hierbei dankbar der energischen Thätigkeit des früheren Oberbürgermeisters Hrn. v. Voß und seiner beiden hauptsächlichen Mitarbeiter: des Stadtbaurath Driesemann und Dr. Schrader für die Erbauung des umfangreichen Werkes."

Ferner wurde der Vorstand ersucht, eine Petition an die städtischen Behörden auszuarbeiten, in der die Beseitigung der Predigerhäuser an der Moritzkirche behufs Straßenverbreiterung erbeten werden soll. Diese in sanitärer Hinsicht bedenklichen, hinter allen berechtigten Ansprüchen der heutigen Zeit zurückbleibenden alten Häuser schnürten den außerordentlich verkehrsreichen Straßenzug Alter Markt-Glauchaerstraße bedenklich ein. Eine Beseitigung des Engpasses erscheine viel nothwendiger als manches andere ähnliche Unternehmen, z. B. Durchbruch Kl. Ulrichstraße-Halle, und sei unabweisbar, damit eine Stadtbahnlinie Alter Markt-Böllbergerweg erhaut werden kann. Zudem ließe sich hier Wandel ohne große Aufwendungen schaffen, weil sicher die Moritzgemeinde einem Abkommen geneigt wäre und den zur Straßenverbreiterung erforderlichen Landstreifen gern hergäbe, wenn die Stadtgemeinde nur neue Predigerhäuser schaffe, für welche der vorhandene große Garten ausreichendes Bauland biete. Mit Rücksicht auf die in letzter Stadtverordnetensitzung in Bezug auf den Antrag auf Revision des Regulativs über Benutzung der städtischen Wasserleitung gepflogenen Verhandlungen gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme:

„Der Dritte kommunale Bezirksverein spricht angesichts der erneuten Versuche, die Wassermesser in allen Häusern einzuführen, unter Anknüpfung an den Inhalt der früher eingereichten Petition als seine Ueberzeugung aus, daß

die jenen Versuchen zu Grunde liegende Annahme, es werde in den Häusern ohne Wassermesser Wasservergeudung getrieben, durch nichts bewiesen ist;

daß ferner, wenn wirklich der Verbrauch an Wirthschaftswasser pro Kopf und Tag über 25 l hinausgehen sollte — was jedoch nach allen Erfahrungen entschieden zu bestreiten ist — die Einnahmen daraus in gar keinem Verhältnisse zu den Mehrkosten an Wassermesserbeschaffungen und Kontrollkosten ständen;

daß sodann ohne gerechte Ursache neue Beschwerungen für viele Hausbesitzer daraus entstehen würden;

daß auch unter dem hygienischen Gesichtspunkte und mit Rücksicht auf die Unzuverlässigkeit der Wassermesser ihre Verallgemeinerung zu verwerfen ist;

daß, soweit besondere Bedeinrichtungen in Betracht kommen, die im jetzigen Statut allerdings noch nicht berücksichtigt sind, sehr wohl durch Pauschalsätze Abhilfe geschaffen werden kann und daß der von einer kurzsichtigen Mitgunst diktirte Wunsch einzelner Gewerbetreibender überhaupt in dieser Frage nicht entscheiden kann."

— Wie schon bemerkt, hält der Evangelische Kirchbauverein am 20. d. seine Jahresversammlung. In diesem Herbst sind es zehn Jahre, daß der Kirchbauverein, am 25. Oktober 1883, begründet wurde. Das zehnte Jahr des Vereins wird voraussichtlich die erste Erfüllung der großen Aufgabe bringen, die er sich gestellt hat, auf die Vermehrung der kirchlichen Gebäude in der Stadt Halle hinzuwirken. Die Johanneskirche an der Südstraße ist noch vor Beginn des Winters unter Dach gebracht, und es ist zu hoffen, daß der innere Ausbau und die ganze Ausstattung der Kirche bis zum Herbst dieses Jahres fertig gestellt wird. Auch die Stephanskirche an der Wettinerstraße, die ebenfalls ihrer baldigen Vollendung entgegengeht, ist nicht ohne die Mitwirkung des Kirchbauvereins gefördert worden, und der Bauplatz für diese war die erste Gabe, die dem Verein dargebracht wurde. Das vergangene Geschäftsjahr des Vereins hat ihm die größten Einnahmen gebracht, die er bis jetzt verzeichnen konnte. Die Hoffnung, daß die Theilnahme für die Zwecke des Kirchbauvereins durch die thatsächliche Inangriffnahme des Kirchbaues eine kräftige Anregung erfahren würde, hat sich in reichstem Maße erfüllt. Große Gaben, darunter zwei von je 20,000 M., und kleinere sind dem Verein als besondere Zuwendungen in dem Baujahre zugeflossen, im ganzen 54,287 M. Außerdem gingen 2441 M. ein als Ertrag besonderer Veranstaltungen, eines Kirchenkonzertes und der Aufführungen des Gustav Adolf-Festspieles. Dazu kommen die Mitgliederbeiträge, die allerdings einen Rückgang erfahren haben und nur 1052 M. ergaben, außerdem noch die Zinsen. Nach Abschluß der Rechnung sind noch einige größere Gaben hinzugekommen, so z. B. von dem Ulrichs-Missions-Verein ein Geschenk von 850 M., das zur Beschaffung einer Glocke bestimmt ist. Daß außerdem noch eine dritte Glocke für die Kirche geschenkt wurde, während in dem Bauanschlage nur zwei Glocken vorgesehen waren, haben wir schon mitgetheilt.

— In der Domkirche wird auch in diesem Jahre wieder zum Beginn der Passionszeit am nächsten Sonntag abend 6 Uhr ein liturgischer Gottesdienst unter Mitwirkung des Domkirchenchors gehalten werden. Zur Aufführung kommen u. a. „Fürwahr, er trug unsere Krankheit," Motette von A. Becker — und „Miserere", 9stimmig von G. Allegri, † 1652.

— Wie die Blätter aus dem Diakonissenhause zu Halle schreiben, wird die sächs. Provinzial-Verwaltung im Laufe des Jahres 1894 in der Altmark eine große Anstalt für Pflege männlicher und weiblicher Epileptischer auf einem gekauften großen Gute einrichten und die Pfleglinge in getrennten Häusern und Abtheilungen wie in Altscherbitz unterbringen. Für die Pflege der epileptischen Frauen und Kinder, die bis zur Eröffnung der neuen großen Anstalt vom 1. Juli ab in dem neuen Landarmenhause zu Groß-Salze untergebracht werden sollen, haben wir, fahren die Blätter fort, die Hilfe von zunächst zwei Diakonissen zugesagt; in der neuen Anstalt werden zunächst 4 später 8—10 Mädchen nöthig sein, und zwar müssen das ältere, reife Mädchen sein, die mit tapferem Herzen und mit glaubensfreudigem Erbarmen sich dem Dienste dieser Unglücklichen weihen, deren die Kirche sich je und je gern angenommen hat. Außerdem hat die Anstalt für 1893 noch eine Diakonissin für das neue Krankenhaus in Schleusingen und eine Gemeindeschwester für Sangerhausen in bestimmte Aussicht gestellt.

— Der hiesige Zweigverein für Massenverbreitung guter Schriften hielt gestern im „Café Monopol" seine Jahresversammlung. Der Vorsitzende beklagte, daß der Verein trotz seiner löblichen Absicht: „dem deutschen Volke, namentlich

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18930217043/fragment/page=0001

den ärmeren Schichten desselben wohlfeilen Lesestoff sowohl unterhaltender als belehrender Art zuzuführen, um dadurch auf die sittliche und geistige Hebung des Volkes hinzuwirken, noch immer nicht die wünschenswerthe Unterstützung und Verbreitung hier fände. Er theilte u. a. mit, daß der Hauptverein zu Weimar in der letzten Hauptversammlung beschlossen habe, seinen Mitgliedern, die jährlich 10 M. Beitrag zahlen, je 1 Exemplar aller Vereinsschriften, sowie den übrigen Mitgliedern, die einen geringern Beitrag zahlen, je 1 Markband unentgeltlich zu übermitteln. Sodann wurde vom Schatzmeister mitgetheilt, daß der Verein außer einem Mitgliede, das einen einmaligen Beitrag von 300 M. geleistet hat, gegenwärtig 19 Mitglieder, die je 10 M., 6 Mitglieder, die je 5 M. und gegen 20 Mitglieder, die je 3 M. Beitrag zahlen, habe. Die Jahreseinnahme betrug 278 M. und geht genau mit der Ausgabe auf. Die bisherigen Vorstandsmitglieder wurden in der folgenden Neuwahl wiedergewählt.

— In dem gestern im Anstaltsgebäude der Königl. Nervenklinik abgehaltenen Termine betreffend Vergebung der Lieferung von Wirthschaftsbedürfnissen und Reinigungsgegenständen für 1893/94 wurden folgende Mindestforderungen gestellt: 14,500 kg Brot je 16,9 Pfge., 8700 kg Semmel 20 Pfge., 1000 kg Weizenmehl 23,75 Pfge., 25,000 l Milch 16 Pfge., 5000 Flaschen Bier 8 Pfge., 4900 kg Rindfleisch 111 Pfge., 2600 kg Hammelfleisch 111 Pfge., 1600 kg Schweinefleisch 1,32 Pfge., 1150 kg Kalbfleisch 112 Pfge., 650 kg gehacktes Fleisch 137 Pfge., 600 kg Schweinefett 138 Pfge., 850 kg Speck 134 Pfge., 270 kg Schinken 198 Pfge., 200 kg Rindertalg 80 Pfge., 750 kg Bratwurst 138 Pfge., 100 kg Cervelatwurst 140 Pfge., 400 kg frische Wurst 118 Pfge., 300 kg Büchsenfleisch 135 Pfge., 1800 kg Kalmseife 37 Pf., 500 kg Harzkernseife 41,19 Pf., 750 kg Talgkernseife 46,74 Pf., 2000 kg Soda 7,85 Pf., 300 kg Bohnerwachs 114 Pf., 2500 kg Tafelbutter 243 Pf., 4000 kg Kochbutter 208 Pf., 550 Schock Eier 340 Pf., 25 Schock Käse 354 Pf., 30,000 kg Kartoffeln 5,16, 300 kg Backobst 54,70, 850 kg Kaffee 184 bezw. 220 Pf., 650 kg weiße Bohnen 18,40, 100 kg Cichorie 34,70, 800 l Essig 5½ Pf., 650 kg Erbsen 25,50, 400 kg Grieß 29 Pf., 300 kg Graupen 27 Pf., 100 kg saure Gurken 25 Pf., 900 Schock Heringe 325 Pf., 200 kg Sauerkohl 18 Pf., 350 kg Linsen 35,90, 130 kg Mohnöl 77,65, 900 kg Reis 27 Pf., 130 kg Sago 44 Pf., 800 kg Salz 16,75 Pf., 650 kg Würfelzucker 64,80 Pf., 300 kg Kochzucker 56,80 Pf., 900 kg Petroleum 16,80 Pf. Der Zuschlag erfolgt durch das Universitäts-Kuratorium.

— Der Turnverein Ule hat für den Winter Vortragsabende eingerichtet und damit vielseitig Anklang gefunden. Für morgen ist wieder ein solcher angesetzt; Redner ist Dr. H. Hertzberg. Zu diesen Abenden sind Gäste, besonders aus anderen Turnvereinen, immer willkommen.

— Der gestern im Walhallatheater aufgenommene neue Spielplan steht dem vorangegangenen an Gediegenheit und Mannichfaltigkeit der Darbietungen nicht nur in keinem Punkte nach, sondern bringt in mehreren Nummern wieder bemerkenswerthe Neuheiten von überraschender Eigenart. Besonders hervorragend ist die in 10 Personen auftretende Gesellschaft Ancilotti, die, schon aus dem vorigen Spielplan vortheilhaft bekannt, jetzt mit verschiedenen, hier noch nicht gesehenen Bravourstücken im Kunstradfahren aufwartet und gymnastisch-equilibristische Künste mit waghalsigster Kühnheit ausführt. Das Großartigste in dieser Beziehung ist unstreitig Signor Ugo Ancilotti's Treppenfahrt. Eigenartig erschienen ferner die Leistungen des Mr. G. Braselli, der als Bravour-Equilibrist auf hoher freistehender Leiter sein schwieriges Fach mit seltsamen neuen Trics ausstattet, bei deren Ausführung mit Eleganz verbundene Sicherheit zu bewundern ist. Als Meisterin auf eigenartigen Instrumenten: dem Tubophon und Glockenspiel, zeigt sich Alice Bellona im wirkungsvollen Vortrag schwierigster Musikstücke. Die neu verpflichtete beliebte Lieder- und Walzersängerin Frl. Klara Conrad bewies mit neuen Liedervorträgen, daß sie auch als Konzertsängerin Vorzügliches leistet, während die Gesangs- und Charakter-Duettisten Frl. Luise Rück und Hr. Anton Hartl sich mit neuen humoristischen Liedern und Couplets wiederum die Gunst der Hörer erfangen. Eine besondere Neuheit bildete die Schlußnummer: Auftreten des Mr. George Techow, der eine Katzentruppe als Künstler vorführt in einer Art der Abrichtung, die man bei solchen Thieren kaum für möglich hält und sonst nur bei Hunden gesehen hat. Das Bemerkenswerthe hierbei ist, daß diese vierbeinigen Künstler ihre Kunststücke ganz zwanglos ausführen, sodaß die Leistungen der überdies sehr schönen Exemplare besondere Anziehung auf den Thierfreund ausüben. Mr. Techow gastirte mit seiner Truppe zuletzt 3 Monate lang in Paris an den Folies Bergères. Alles in allem bieten die neuen Vorstellungen reichen Unterhaltungsstoff.

— Heute früh 4 Uhr wurde die Feuerwehr nach dem Hausgrundstücke Leipzigerstraße 2 gerufen, woselbst in einem Kohlenstalle aus bisher noch unermittelter Ursache Feuer ausgebrochen war, das bald in die auf dem Grundstücke befindlichen Niederlagsräume der Delikatesswaarenhandlung von J. Bethge übersprang. Hier fand das Feuer in den großen Waarenvorräthen reichliche Nahrung; es hatte bereits bei Ankunft der Feuerwehr einen solchen Umfang erreicht, daß alsbald die Dampfspritze nachgezogen werden mußte. Trotz großer Anstrengungen gelang es erst nach 3stündiger Thätigkeit, das Feuer zu löschen. Die zu ebener Erde belegene Bethge'sche Niederlage ist vollständig ausgebrannt, dagegen gelang es, den darüber befindlichen Setzersaal und die Papierniederlage der Heynemann'schen Buchdruckerei zu schützen. Indessen gerieth die Treppe in Flammen, wodurch das Feuer auf den über der Buchdruckerei befindlichen Boden übersprang und hier den Dachstuhl zerstörte. Der entstandene Schaden ist erheblich; es sind größere Verwüstungen an den Gebäulichkeiten angerichtet, außerdem sind Waaren und Vorräthe im Werthe von rund 12,000 M. durch das Feuer zerstört bezw. durch die Wassermassen unbrauchbar gemacht worden. Es muß als glücklicher Umstand erachtet werden, daß das Feuer rechtzeitig bemerkt wurde, da andernfalls der Brand bei der z. Th. gefährlichen Umgebung leicht eine größere Ausbreitung hätte nehmen können.

— Ueber unsern kürzlich auf amerikanischem Boden aus dem Leben geschiedenen Mitbürger Eduard Just, den Erbauer des „Wintergarten" und „Grand Hotel" hier, finden wir in dem in Milwaukee erschienenden „Telephon" unter der Ueberschrift „Sensationeller Selbstmord" folgende Mittheilungen: Gestern (3. Febr.) abends 8 Uhr erschoß sich der Millionär Eduard H. M. Just, welcher seinen Reichthum mit Hemdenfabrikation in Nr. 709 Broadway erworben hatte, und Grundeigenthum hier und in seiner alten Heimath, in Preußisch-Sachsen, besaß. Just war etwa 54 Jahre alt und aus Halle a/S. gebürtig. Vor 20 Jahren war er nicht nur ein reicher, sondern auch ein glücklicher Geschäftsmann. Er besuchte die alte Heimath und kehrte dann hierher zurück, nachdem er mit seiner Familie vereinbart hatte, daß diese ihm nach einer Woche folgen solle. Die Frau mit zwei Kindern schifften sich auf dem Dampfer „Schiller" ein und gingen mit diesem auf dem Ocean unter. Von diesem Schlag hat sich der unglückliche Familienvater nie erholt, und seine Verwandten glauben, daß, wenn er sich nicht zufällig erschoß, er nur aus altem, aber trotzdem sehr tiefem Gram hierüber Selbstmord beging. Sein Bruder Karl war sein Nachfolger in dem genannten Geschäft geworden, und Just legte sein Geld in Grundeigenthum in Harlem, sowie in Preußisch-Sachsen an. Zehn Jahre lang wohnte er dort auf einem sehr schönen Gute. Seine Geschäfte, dahier wurden mittlerweile von W. H. Hoagg verwaltet, 2531 8. Avenue, dem Schauplatz der gestrigen Schreckensthat. Just kam inzwischen öfter wieder nach Amerika. Vor kurzem hatte Just begonnen, in Halle a/S. ein schönes Hotel bauen zu lassen, das auch mit einem Wintergarten verbunden und eines der schönsten Hotels in Deutschland werden sollte. Gegen Erwarten kam er vor etwa zwei Wochen hier an. Er nahm wieder bei seinem Neffen Karl Just, 2528 8. Avenue, Wohnung und ging jeden Morgen unmittelbar nach dem Frühstück seinen Geschäften nach. Gestern machte er beim Frühstück die Bemerkung: „Das Schlimmste, was ein Mensch thun kann, ist, sein gewohntes Geschäft an den Nagel zu hängen. Er sollte allezeit etwas haben, das seinen Geist genügend in Anspruch nimmt." Man sah in diesen Worten weiter nichts Auffallendes, legt ihnen aber jetzt natürlich besondere Bedeutung bei. Das Vermögen Just's wird auf 2,000,000 Dollars geschätzt.

— Kaum beginnen nach den ersten Frühlingsblicken die Angehörigen Verstorbener die Gräber ihrer Lieben auf den Friedhöfen mit Blumen zu schmücken, so tritt auch schon wieder die alte Klage über Diebstähle auf, denen der frische Schmuck der Gräber zur Beute fällt. Auf dem Stadtgottesacker ist z. B. gestern von einem Grabhügel ein Tulpenstock sowie eine weiße Hyacinthe, kaum nachdem die Blumen zur Stelle gebracht waren, gestohlen worden; von einem zweiten Tulpenstocke war eine Blüthe abgeschnitten, die auf dem Grabe vorgefunden wurde. Die Bestellung einer umfassenden Aufsicht wird sich schließlich als unabweisbare Pflicht erweisen.

Tagesordnung
für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung

Montag, den 20. Febr. 4 Uhr.

Oeffentliche Sitzung.

1. Petition wegen Vergebung von Glaserarbeiten.
2. Aufhebung der Fluchtlinienfestsetzung für die Straße D im südöstlichen Bebauungsplane.
3. Petition Wolf, Malerarbeiten betreffend.
4. Anlage einer Eismaschine auf dem Schlachthofe.
5. Festsetzung des Haushaltplanes für die Desinfektions-Anstalt und einer Gebührenordnung für dieselbe.
6. Widerrufliche Gewährung einer Gratifikation.
7. Bezahlung einer Hypothek aus dem Reservefonds.
8. Verpachtung der Kiesgrube bei Beesen.
9. Berrechnung eines Betrages aus dem Reservefonds für Pflasterarbeiten.
10. Herstellung des Bürgersteiges vor dem Hospital.

Geschlossene Sitzung.

11. Anstellung einer Lehrerin an der höhern Mädchenschule.
12. Stundung einer Pachtrate.
13. Petition des Gärtnervereins.
14. Einziehung bezw. Niederschlagung defektirter Stempel.
15. Mitwirkung eines Ehrengeschenks.
16. Wahl eines Armenpflegers für den 1. Bezirk.

Der Stadtverordneten-Vorsteher.
Gneist.

„Kunstgewerbe-Verein zu Halle."

Sitzung vom 16. Febr.

In gestriger Monats-Sitzung machte zunächst der Vorsitzende Hr. Reg.-Baumeister Knoch davon Mittheilung, daß eine Petition an den Reichskanzler abgegangen sei, in welcher an denselben die Bitte gerichtet wird, bei Vergebung von Arbeiten für das Reichstagsgebäude nicht nur die Gewerbetreibenden Berlins, sondern die des ganzen Reiches in Wettbewerb treten zu lassen. — Von Seiten der Stadtverwaltung ist dem Verein das zweite Stockwerk der alten Bürgerschule in der Poststraße zu Museumszwecken zur Verfügung gestellt worden, mit der Bedingung, daß nur Gegenstände des Kunstgewerbes ausgestellt würden. — Sodann hielt Hr. Privatdozent Dr. M. Schmidt-Berlin einen sehr anziehenden Vortrag über „Raphael's Traumgestalten," auf den wir morgen noch eingehender zurückkommen werden. — An der Hand von ausgestellten Zeichnungen erstattete hierauf Hr. Reg.-Baumeister Niemann über den Erfolg der auf Ausschreibung der Verlagsbuchhandlung Wilhelm Knapp hier erfolgten Wettbewerbung wegen Entwurf einer Kneipzimmereinrichtung Bericht. Die Betheiligung an dem Wettbewerb ist eine überaus rege gewesen und es sind nicht weniger als 30 Entwürfe eingegangen. Dieselben umfassen die einfachsten Einrichtungen bis zu der kostbarsten Ausstattung eines Palastes. Die Preisrichter haben eine sehr schwere Aufgabe gehabt, aus dem vielen Schönen, das ihnen zur Beurtheilung vorlag, das Trefflichste auszuwählen. Es kommen 3 Preise, ein erster von 120 M. und ein zweiter und dritter von je 75 M. zur Vertheilung, dieselben erhalten 1. Motto: „§ 11" Hr. Richard Dorschfeld, Architekt und Lehrer an der Kunstgewerbe- und Handwerker-Schule in Magdeburg, 2. Motto: „Nemini parcentus" Hr. Adolf Bäume in Kopenhagen, 3. Motto: „Prosit" Hr. Karl Müller, Architekt in Berlin. — Die Entwürfe, von denen die Firma Knapp eine Anzahl für ihren Verlag käuflich erwerben wird, sollen am Sonntag im hiesigen Museum ausgestellt werden.

Ueber die Entscheidung in der Wettbewerbung betr. Entwürfe zu einem neuen städtischen Wasserthurme ist bereits im Morgenblatt berichtet.

Cholera.

Auch bis heute ist nirgends im Saalkreise, die Provinzial-Irrenanstalt eingeschlossen, eine irgendwie choleraverdächtige Erscheinung aufgetreten.

Hr. Prof. Pfuhl ist gestern abend nach Berlin zurückgekehrt. Das s. Z. ergangene Verbot des Herrn Regiments-Commandeurs betreffend den Verkehr von Mannschaften der Garnison in Gastwirthschaften ist wieder aufgehoben worden. Es werden nun nachträglich auch noch die s. Z. verschobenen Festlichkeiten der Garnison zur Feier von Kaisers Geburtstag abgehalten werden.

Am 13. d. ist in der Anstalt Nietleben der Arbeiter Heinrich Kramer aus Osterwieck gestorben, aber nicht an Cholera.

Universitäts- und Hochschulnachrichten.

Halle, 17. Febr. Das Verzeichniß der Vorlesungen, die im kommenden Sommerhalbjahr an der hiesigen Vereinigten Friedrichs-Universität gehalten werden, ist soeben im Drucke erschienen und zur Ausgabe gelangt. Als Beigabe bringt die Veröffentlichung die Wiedergabe der Rede in lateinischer Sprache, welche der professor eloquentiae Hr. Prof. Dr. Dittenberger zur Feier des Geburtstages des Kaisers in der Aula der Universität über die Zustände in Halle und an der hiesigen Hochschule unter der Regierung Friedrich Wilhelm's II. gehalten hat. In der theologischen Fakultät sind 7 öffentliche, 15 Privatvorlesungen und 5 Seminarien von 7 ordentlichen Professoren, 2 öffentliche und 4 Privatvorlesungen von 2 außerordentlichen Professoren, sowie von 3 Privatdozenten 8 Vorlesungen angekündigt. In der juristischen Fakultät sind 7 ordentliche Professoren mit 7 öffentlichen und 1 Privatvorlesungen vertreten. Hr. Professor Dr. Borettus ist auch in diesem Halbjahre durch Gesundheitsrücksichten verhindert, Vorlesungen zu halten. Es sind ferner angekündigt von einem Honorarprofessor eine öffentliche und eine Privatvorlesung, von einem außerordentlichen Professor eine öffentliche und 2 Privatvorlesungen, und von 3 Privatdozenten 6 Vorlesungen. Die medizinische Fakultät weist 11 ordentliche Professoren mit 11 öffentlichen und 24 Privatvorlesungen, 9 außerordentliche Professoren mit 9 öffentlichen und 12 Privatvorlesungen, sowie 9 Privatdozenten mit 19 Vorlesungen auf. Die Herren Professoren Dr. Krahmer und Dr. Gräfe werden in diesem Halbjahre keine Vorlesungen halten. In der philosophischen Fakultät sind 26 ordentliche Professoren mit 30 öffentlichen und 57 Privatvorlesungen, ein Honorarprofessor mit einer öffentlichen und einer Privatvorlesung, 17 außerordentliche Professoren mit 16 öffentlichen und 33 Privatvorlesungen, sowie 22 Privatdozenten mit 42 Vorlesungen verzeichnet. Von den außerordentlichen Professoren ist Hr. Professor Dr. Wittheiß durch Gesundheitsrücksichten an der Lehrthätigkeit behindert, von den Privatdozenten werden die Herren Dr. Cornelius, Dr. Lotzky und Dr. v. Rebeur-Paschwitz nicht lesen. Von Lektoren haben sechs eine öffentliche und neun Privatvorlesungen angekündigt. Den Fecht- und Turnunterricht leitet, wie bisher, Hr. Fessel, den Tanzunterricht Hr. Rocco, Reitstunden ertheilt Hr. Schreiber. Themata von allgemeinem Interesse behandeln u. a. die Herren Prof. Lic. Eichhorn „Geschichte des Ultramontanismus" (Sonnabend 11—12), Superintendent D. Förster „Geschichte der protestantischen Sekten" (Mittwoch und Sonnabend 11—12), Prof. Dr. Kirchhoff „Ausgewählte Abschnitte der Anthropogeographie" (Freitag 5—6), Dr. Brandes „Die Darwin'sche Theorie und ihre Gegner," Prof. Dr. Ewald „Geschichte des Hauses Hohenzollern" (Mittwoch 9—10), Prof. Dr. Droysen „Deutsche, niederländische und spanische Künstler des XVI. und XVII. Jahrhunderts in ihren Werken" (Mittwoch 12—1).

Berlin, 17. Febr. Die medinische Fakultät der hiesigen Universität ist heute wiederum in der Lage, das Doktordiplom eines ihrer Mitglieder zu erneuern, das sie demselben vor fünfzig Jahren zum ersten Male ausgestellt hat: der ausgezeichnete Epidemiologe und Historiker der Medizin, Professor August Hirsch begeht heute sein 50jähriges Doktorjubiläum.

Göttingen, 16. Febr. [Orig.-Mitth.] Der Lehrkörper unserer Universität umfaßt im bevorstehenden Sommersemester in der theologischen Fakultät 6 ordentliche, 2 außerordentliche Professoren und 2 Privatdozenten; in der juristischen 10 ordentliche Professoren, 1 außerordentlichen Professor und 1 Privatdozenten; in der medizinischen 12 außerordentliche, 6 ordentliche Professoren und 4 Privatdozenten; in der philosophischen 40 ordentliche, 15 außerordentliche Professoren, 15 Privatdozenten und 2 Lektoren. Außerdem gehören zur Universität je ein Reit-, Zeichen-, Fecht- und Tanzlehrer.

Gerichtsverhandlungen.

Halle, 17. Febr. In heutiger Schwurgerichtssitzung sollten drei Strafsachen verhandelt werden; die erste derselben betraf ein Sittlichkeitsverbrechen, das der 40jährige Stellmacher Karl Mückenheim aus Teutschenthal gegen eine geisteskranke Frauensperson verübt haben soll. Die Sache mußte wegen Ausbleibens einiger Zeugen vertagt werden. — Zur zweiten Sache erschien als Angeklagter der frühere Landbriefträger Karl Emmerich aus Zschorlau, jetzt Arbeiter in Bitterfeld, 36 Jahre alt, bisher nicht bestraft. Angeklagt war er wegen amtlicher Unterschlagung, d. h. in amtlicher Eigenschaft empfangene Gelder unterschlagen zu haben, wozu als erschwerendes Moment unrichtige Buchführung hinzugekommen nebst Fälschung einer Postanweisungs-Quittung. Der Fall lieferte einen Belag zu der ungünstigen Besoldung der untern Postbeamten, die mit ihrem geringen Gehalte oft nicht auszukommen vermögen und dann aus Noth ihnen anvertraute Gelder für sich verwenden. So verhielt es sich auch mit dem Angeklagten, der in vollem Umfange geständig war. Seit 1. April 1882 hatte er Anstellung im Postdienst, zuerst in Schafstädt, dann in Obereichstädt, Halle und zuletzt in Zschortau, wo er bis zum August v. J. Landbriefträger war, dann aber nach Entdeckung seiner Unterschlagungen entlassen wurde. Unterschlagen hatte er im Juli und August v. J. 12,20 M., 21,50 M., 36 M., 12 M. und 13,20 M.; letzterer Betrag war Erlös aus den vom Angeklagten verkauften Postwerthzeichen Briefmarken. Den ersten Betrag hatte er von einem Dienstmädchen zur Besorgung durch die Post an den Vater des betr. Mädchens erhalten, aber dem Postverwalter nicht abgeliefert und auch die Eintragung in das zur Kontrolle bestimmte Annahmebuch unterlassen. Den zweiten Betrag hatte er von der Post zur Ablieferung an den betreffenden Empfänger bekommen, das Geld für sich behalten und die Quittung auf der Postanweisung durch einen Knaben ausfüllen lassen. Diese beiden Fälle waren die schweren Strafthaten, da dieselben sich als Verbrechen kennzeichneten. Unterlassene Eintragung gilt als unrichtige Bücherführung. Die anderen drei Fälle erschienen als bloße Vergehen, da keine Fälschungen oder unrichtige Buchführung dabei im Spiele gewesen. Der Angeklagte hatte 36 M. Postanweisungsbetrag an den Pastor Schlemmer nicht abgeliefert und 12 M. eingezogene Nachnahme auch für sich behalten, beides aber seinem Vorgesetzten gestanden. Nachträglich waren auch die vorhergegangenen Unterschlagungen entdeckt worden nebst dem Fehlen der 13,20 M. Briefmarkenerlös. In Noth befunden hatte sich der Angeklagte, da er bei vier bezw. fünf Kindern nur ein Monatsgehalt von 54,16 M. hatte. Der Postfiskus hat keinen Schaden erlitten, da der Angeklagte 189 M. auf ein Post-Sparkassenbuch eingezahlt hatte. Er wurde dem Strafantrage gemäß zu 9 Monaten Gefängniß verurtheilt. — Die dritte Sache, Sittlichkeitsverbrechen betreffend, wurde unter Ausschluß der Oeffentlichkeit verhandelt und endete mit Verurtheilung des Angeklagten, des 21jährigen Arbeiters Albert Petzold aus Biesenrode zu 1 Jahr Zuchthaus und 2 Jahren Ehrverlust wegen Verbrechens gegen § 176 Abs. 1 und 3 Str.-G.-B. Der Angeklagte hatte gegen ein 13jähriges Mädchen unzüchtige Handlungen mit Gewalt verübt. Er war geständig. Der Verletzten ist Nachtheil nicht erwachsen. Das Geständniß des Angeklagten und sein jugendliches Alter hatten zur Verhängung der zulässig niedrigsten Strafe für vorliegenden Fall geführt.

Meißen, 16. Febr. Der Redacteur der „Meißener Zeitung", Herr Kurt Hertell, ist mit seiner Klage gegen die Theaterdirektion Seder, betreffend den Eintritt in das Stadttheater, in der ersten Instanz kostenpflichtig abgewiesen worden.

Düsseldorf, 16. Febr. Das Schwurgericht verurtheilte den Schuhmachergesellen Brendgen, welcher am 19. Jan. v. J. die Francisca Reiners erdrosselte, zum Tode.

Provinzial-Nachrichten.

Erfurt, 17. Febr. [Orig.-Mitth.] Die Budget-Kommission des Abgeordnetenhauses bewilligte einstimmig die Kosten für den Erfurter Gymnasiumsneubau.

Nordhausen, 16. Febr. [Orig.-Mitth.] Eine heute abend abgehaltene große Bürgerversammlung sprach sich nach eingehender Erörterung einstimmig für Erbauung einer Straßenbahn hier aus und war mit Rücksicht auf die durch diese Anlage der Stadt erwachsenden Vortheile damit einverstanden, daß die Stadt hierzu ein finanzielles Opfer bringe. Ein bereits vorliegendes Projekt über Anlage einer elektrischen Straßenbahn erfordert ein Anlage-Kapital von 450,000 M., wovon die bauende Gesellschaft und die Stadt je 100,000 M. tragen würden, 250,000 M. müßten durch Aktien aufgebracht werden. Gleichzeitig ist, wie ebenfalls schon mitgetheilt, noch ein anderes Projekt aufgetaucht, wonach der Betrieb durch Gasmotoren erfolgen soll und die Anlagekosten nur 350,000 M. betragen. Welches System zur Anwendung kommen soll, wird nach Erwägung von den städtischen Behörden und Technikern abhängen, jedoch läßt sich schon jetzt erkennen, daß die Bürgerschaft dem elektrischen Betriebe am geneigtesten ist.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18930217043/fragment/page=0002